

Zunächst bitte ich um Verständnis: Mich erreichen zurzeit sehr viele Zuschriften zu diesem Thema. Es ist uns Abgeordneten nicht möglich, alle Zuschriften zeitnah und umfassend zu beantworten.

Im Kontext seriöser Debatten möchte ich darauf hinweisen, dass die **CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Antrag "Impfvorsorgegesetz - Ein guter Schutz für unser Land"** verabschiedet. Über diesen Antrag wird der Deutsche Bundestag in der aktuellen Sitzungswoche beraten.

Damit setzt unsere Fraktion ein wichtiges Signal, denn es ist uns gelungen, eine fraktionseinheitliche Linie für dieses auch in unseren Reihen zurecht überaus kontroverse Thema zu finden. Anders als die Koalitionsfraktionen flüchten wir uns nicht in Gruppenanträge, die kaschieren sollen, dass die Ampel an dieser Stelle keine einheitliche Position hat.

In einer zentralen Frage in der größten Krise unserer Bundesrepublik erwarten und verlangen wir von der Bundesregierung nicht mehr und nicht weniger als die Vorlage eines Regierungsentwurfes. Wir sind der Auffassung, dass die gefundene differenzierte Lösung für unser Land die Möglichkeit bietet, gleichzeitig schon jetzt Vorsorge für weitere Pandemiewellen zu treffen und flexibel auf diese Entwicklung reagieren zu können. Aus diesem Grund möchten wir Ihnen und Euch die Details dieses Konzepts noch einmal im Überblick vorstellen:

### **1. Schaffung eines Impfreisters:**

Wir sind der Auffassung, dass die Bundesregierung schnellstmöglich mit dem Aufbau eines Impfreisters beginnen sollte. Bereits der Ethikrat hat sich in seiner Stellungnahme für die Errichtung ausgesprochen und Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen bestätigen uns, **wie nützlich eine verbesserte Basis an Gesundheitsdaten für die Bekämpfung der Pandemie** wäre. Auch machen sie deutlich, dass immer wieder vorgetragene Datenschutzbedenken bei entsprechender Ausgestaltung nicht greifen. Um ein solches Projekt zügig und möglichst unbürokratisch umsetzen zu können, könnten vorhandene Basisdaten, so beispielsweise die der **Steuer-Identifikationsnummer**, genutzt werden. In das Impfreister könnten die bisherigen Impfdaten inklusive der Chargennummer eingebracht werden. Es könnte dazu genutzt werden, über erforderliche Impfungen und Auffrischungen zu informieren und gezielt Ungeimpfte anzusprechen.

### **2. Verbesserung der Impfkampagne:**

Das vergangene Jahr hat deutlich gezeigt: **Nichts hilft uns allen so wirkungsvoll bei der Bekämpfung der Pandemie wie eine hohe Impfquote in der Bevölkerung.** Die Immunität in der Bevölkerung zu stärken und Bürger zur Impfung zu motivieren bleibt daher eine der wichtigsten Aufgaben im Kampf gegen COVID-19. Umso mehr fordern wir die Bundesregierung auf, neue Formate der Impfansprache flächig verfügbar zu machen, die Impfinfrastruktur zu stärken, insgesamt die Impfkampagne zu verbessern und Milieus anzusprechen, die bisher eine niedrige Impfquote aufweisen.

### **3. Impfmechanismus mit Aktivierungsmöglichkeit:**

Es ist unverzichtbar, dass der Bundesgesundheitsminister den Deutschen Bundestag, und damit auch die Oppositionsfraktionen, regelmäßig und umfassend über den Stand der Pandemie unterrichtet. Deshalb fordern wir in

unserem Antrag, dass der Bundesgesundheitsminister engmaschig alle zwei Wochen seine Einschätzung zur Corona-Lage darlegt. Denn eine gute Faktengrundlage ist elementar, damit wir uns seriös eine Meinung bilden können.

Unser Vorschlag sieht vor, dass der Deutsche Bundestag in einem **Impfvorsorgegesetz die Voraussetzungen für einen Impfmechanismus schafft**. Dieser kann **bei Bedarf kurzfristig** durch Bundestagsbeschluss mit Zustimmung des Bundesrates **aktiviert** werden. Ähnlich dem Mechanismus zum Beschluss der epidemischen Lage von nationaler Tragweite befindet der Deutsche Bundestag dann, wenn die Situation dies erfordert, darüber, ob eine Aktivierung des Impfmechanismus erforderlich ist und wenn ja in welchem Umfang. Je nach Entwicklung der Pandemie und Krankheitslast einer etwaig drohenden Virusvariante kommt dann etwa in Betracht, bestimmte Altersgruppen etwa ab 60 oder ab 50 Jahren in eine Impfpflicht einzubeziehen, diese auf Berufsgruppen wie etwa Lehrer, Kita-Erzieher und Beschäftigte der Kritischen Infrastruktur auszudehnen. Schließlich, sofern alle weiteren Möglichkeiten ausgeschöpft wären, käme auch eine darüberhinausgehende Impfpflicht in Betracht.

Zentral für uns ist, dass der **Vollzug des Impfvorsorgegesetzes** auch den Bevölkerungsschutz des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mit einbezieht und dass die gesetzliche Regelung **geeignete Bußgeldvorschriften für Verstöße** vorsieht.

Aus diesen Gründen fordern wir die Bundesregierung zur Vorlage eines zeitnahen Gesetzesentwurfs, zur Aufnahme der Berichtspflichten und zur Verbesserung der Impfkampagne auf.

Wir sind der Überzeugung, dass dieser Vorschlag eine umsetzbare und vor allem rechtssichere Möglichkeit schafft, unser Land vor einer künftigen Virusvariante im kommenden Herbst zu schützen. Zudem ist er geeignet, die oft kontrovers geführte Debatte zu befrieden, denn er richtet sich an alle, die für **eine Politik des Augenmaßes** sind. Den in der Fraktion beschlossenen Antrag fügen wir bei.

Ich bedanke mich für Ihr Schreiben und verbleibe  
Mit freundlichen Grüßen

Diana Stöcker MdB